

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil III: Staatswesen

Christoph Noebel

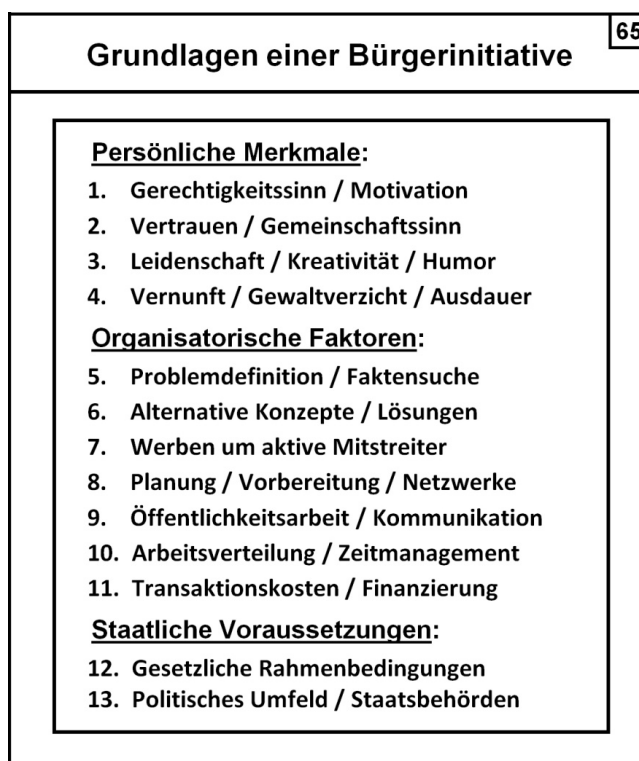
6.4 Außerparlamentarische Politikgestaltung

6.4.1 Grundlagen politischer Bürgerinitiativen

Nachdem Theorien und Konzepte politischer Partizipation vorgestellt und der Konflikt zwischen Theorie und Handeln angedeutet wurde, wenden wir uns der Praxis politischer Bürgerinitiativen zu. Trotz seiner gesellschaftlichen Bedeutsamkeit als Teilbereich der liberalen Demokratie wird dieser Aspekt in der Öffentlichkeit kaum in seinen Eigenschaften thematisiert. Besonders Politiker und hohe Staatsvertreter neigen dazu, als moralische Instanz aufzutreten und zivilgesellschaftliches Engagement zu fordern. Zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Realisierung und Umsetzung dieser ehrbaren Ansprüche kommt es jedoch meist nicht. Ein Grund für dieses Vermeiden liegt womöglich darin, dass Politik und Staatsvertreter ungern darüber reden, warum sich politische Bürgerinitiativen überhaupt bilden. Verkürzt lautet die Antwort: Reaktionen auf *Markt- und Staatsversagen*. Politische Proteste, Initiativen und zivilgesellschaftliche Bewegungen bilden sich vorwiegend als Ausdruck von Enttäuschung und Entrüstung, verursacht durch staatliche Missstände und Fehlentscheidungen. Es sind starke Emotionen, die den notwendigen Impuls und Motivationsschub bieten, um eine Bürgerinitiative zu gründen oder ihr beizutreten. Sich Initiativen anzuschließen beruht daher meist auf Kritik und der entsprechenden Forderung nach gesellschaftspolitischen Korrekturen und Reformen.

Die Anliegen politischer Initiativen und Protestaktionen beziehen sich im Wesentlichen auf drei Gesellschaftsbereiche. An erster Stelle stehen lokale Entscheidungen und politische Maßnahmen, wie etwa das Projekt *Startbahn West* in Frankfurt, der Umbau des Stuttgarter *Bahnhofs 21* oder die Rettung des *Hambacher Forsts* vor der Zerstörung durch den Braunkohle-Tagebau. In der Regel handelt es sich um weniger spektakuläre Angelegenheiten, denn kommunale Bürgerinitiativen werden gegründet, um beispielsweise eine Umgehungsstraße der Ortschaft oder die Sanierung der Schule zu fordern. Auch Kampagnen gegen kontroverse Bauprojekte gehören dazu. Auf der zweiten Bezugsebene verlagert sich der Protest auf allgemeine Gesellschaftsaspekte, zu denen ein Kurswechsel der Klima-, Wirtschafts- oder Außenpolitik zählt. Während es sich hierbei noch um praktische Reformvorschläge handelt, bezieht sich die dritte Form des Protests auf Forderung eines Systemwandels. Die *Occupy* Bewegung verlangte beispielsweise keine Reformen der Finanzwirtschaft, sondern ein völlig anderes Wirtschaftssystem. Auch rechts-radikale *Reichsbürger* streben eine alternative Staatsform zur liberalen Demokratie an. Derartige Protestanliegen zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Akteure pragmatische Korrekturvorschläge zur Veränderung des existierenden Systems als langfristig sinnlos ablehnen. Da sie sich zur Begründung dieser harten Linie meist abstrakter Konzepte wie Faschismus, Nationalismus, Marxismus, Neoliberalismus, Imperialismus oder Turbo-kapitalismus bedienen, laufen ihre Vertreter Gefahr, in der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit zu verlieren und ihre Kampagnen im Sande verlaufen zu lassen.

Sobald das Anliegen und der Wille, eine Bürgerinitiative zu gründen, feststehen, stellen sich mehrere Fragen der Durchführung. Dabei sind nicht nur die Schwierigkeiten der Gründung zu beachten, sondern auch Faktoren, die zur Wirksamkeit des öffentlichen Auftritts beitragen. Abgesehen von den Aspekten des persönlichen Verantwortungsbewusstseins, der sozialen Anerkennung und des Gemeinschaftserlebnisses, leitet sich der *Erfolg* einer Protestinitiative vom Grad an Einfluss ab, den sie auf Entscheidungsträger ausübt. Diesbezüglich bietet das Diagramm 65 eine Übersicht dreier Aspekte, die in der Gestaltung einer effektiven Bürgerinitiative oder Bürgerbewegung zu berücksichtigen sind.



Erstens bilden private Beweggründe und die Eigenschaften der Mitstreiter eine wichtige Grundlage für den Zusammenschluss politischer Aktionsgruppen. Empörung und Verletzung des Gerechtigkeitssinns dienen zwar meist als Triebkraft, es bedarf jedoch zusätzlich starker Vertrauensverhältnisse unter den Akteuren sowie der persönlichen Charaktermerkmale Leidenschaft, Mut, Ausdauer und eine Portion Gelassenheit. Auch ein Sinn für Humor ist gefordert, denn er erhöht nicht nur das Vergnügen an gemeinsamen Aktionen, der Einsatz von Satire und Ironie erlaubt Überspitzungen und sorgt für öffentliche Aufmerksamkeit. Eine Bürgerinitiative kann sich nur dann durchsetzen, wenn sie gleichzeitig mit Vernunft, strategischem Geschick und Kreativität auftritt.

Protestbewegungen sind meist auf Enttäuschung und Entrüstung zurückzuführen und dennoch gehört es in den Katalog persönlicher Eigenschaften des Protestierenden, dass er sich der *Gewaltlosigkeit* verschreibt. Zunächst ist diese Haltung wichtig, um sich nicht selber Vorwürfen der Ungerechtigkeit und moralischer Überheblichkeit auszusetzen. Gewaltakte gegen Personen sind grundsätzlich Menschenrechtsverletzungen. Auch wenn sie seitens des Staates provoziert werden, sind sie kontraproduktiv und mindern erheblich die Effektivität des Protests. Politische Initiativen verlieren auf Grund gewaltbereiter Mitglieder an Glaubwürdigkeit und Unterstützung in der Bevölkerung. Diesbezüglich sind die erfolgreichen Proteste Mahatma Gandhis als Anführer der Unabhängigkeitsbewegung Indiens, des amerikanischen Zivilrechtskämpfers Martin Luther King oder Südafrikas Nelson Mandela zu nennen, die noch heute als Vorbilder für friedliche

Proteste und passiven Widerstand dienen. Umgekehrt sorgen gewaltbereites und aggressives Verhalten von Rechtsextremisten, Neo-Nazis und Reichsbürgern für allgemeine Verunsicherung und überschreiten Grenzen des demokratisch Vertretbaren. Oft leiden friedlich geplante Proteste darunter, dass sich nicht geladene Extremisten anschließen und durch Gewaltanwendung die Aufmerksamkeit auf sich lenken. Ein Beispiel der Verhaltensform radikaler *Trittbrettfahrer* bot die Protestveranstaltung während des Hamburger G20-Gipfels im Jahr 2017. Hier lenkten einige hundert gewaltbereite Akteure die mediale Aufmerksamkeit auf sich und verwiesen somit die 200.000 friedlich demonstrierenden Teilnehmer auf den zweiten Platz der öffentlichen Berichterstattung.

Generell ist zu beobachten, dass in nationalen und internationalen Protestbewegungen einzelne Führungspersonen die Rolle des Inspirators und Motivators spielen oder zugewiesen bekommen. Neben den genannten Galionsfiguren Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Nelson Mandela lassen sich meist charismatische Persönlichkeiten nennen, die maßgeblich an der Gestaltung von Bürgerbewegungen beteiligt sind. Während der Proteste in den 1960er-Jahren waren Rudi Dutschke in Deutschland, Tarik Ali in Großbritannien und Daniel Cohn-Bendit in Frankreich die Leitfiguren und herausragenden Sprecher der damaligen Studenten. Ähnliche Führungspositionen nahmen Alice Schwarzer in der Frauenbewegung oder Petra Kelly in der Umwelt- und Friedensbewegung ein. Aktuell vertritt die Schwedin Greta Thunberg die Position des impulsgebenden Vorbilds für die Aktivisten der Klimaprotestbewegung *Fridays for Future*.

Wie im Diagramm 65 zusammengefasst, müssen sich Bürgerinitiativen neben den persönlichen Eigenschaften der Mitglieder mit organisatorischen und planungstechnischen Aspekten befassen, um politische Wirkung zu erzielen. Abgesehen von der Notwendigkeit, Gleichgesinnte und Mitstreiter zusammenzubringen, gehört zu den Aufgaben jeder Initiative die inhaltliche und konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Gegenstand des Protests. Es reicht meist nicht aus, nur Sollzustände zu beschreiben und entsprechende Forderungen zu stellen. Es bedarf auch wissenschaftlicher und empirischer Erkenntnisse, um auf dieser Grundlage konstruktive Kritik zu üben und alternative Lösungen oder Reformen vorzuschlagen. Von zentraler Bedeutung für politische Initiativen sind die Strategien der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu zählt neben Kundgebungen, Märschen und Protestaktionen der Kontakt mit politischen oder wirtschaftsbezogenen Ansprechpartnern und der Presse. Zusätzlich bieten mittlerweile die sozialen Netzwerke geeignete Plattformen der Kommunikation. Nicht nur eignen sie sich als internes Medium zur Informierung und Vernetzung der Mitstreiter, auch die Öffentlichkeit wird zunehmend auf diesem Weg über die Anliegen der Initiativen aufgeklärt.

Die Öffentlichkeitsarbeit politischer Aktivisten ist insofern schwierig, als sie nicht nur Fakten und Forderungen zu vermitteln haben, sondern durch den angewandten Kommunikationsstil ihre Glaubwürdigkeit permanent auf dem Prüfstand steht. Vergleichbar mit Berufspolitikern können Widersprüchlichkeiten, Fehlinformationen und Arroganz das beste Argument zunichtemachen [K5.7.4]. Um politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit von Forderungen zu überzeugen, bedarf es eines hohen Grads an Professionalität. Diesbezüglich ist es in der Regel unzureichend, sich nur auf Beschreibungen der Probleme und ihrer Auswirkungen zu konzentrieren. Im Falle gesellschaftspolitischer Missstände und Krisen erscheint es ebenso wichtig, sich auch mit deren Ursachen zu befassen. Für entsprechende Erklärungsansätze bieten sich die thematisierten Konzepte des Marktversagens [K4.6] und Staatsversagens [K5.7] an. Sie verweisen nicht nur auf unterschiedliche Entstehungsmotive, sondern im Umkehrschluss auch auf Schrauben, an denen gedreht werden muss, um Probleme zu lösen. Der Aspekt einer fundierten Ursachenprüfung stellt jedoch für viele politische Protestinitiativen ein Di-

lemma dar. Da ihre Gründung meist auf Emotionalität und Idealismus beruht, ist es schwierig, gleichzeitig eine pragmatische und realitätsnahe Haltung mit entsprechend sachlichen Argumenten einzunehmen. Daher stellt sich für Bürgerinitiativen stets die Frage, ob sie sich ausschließlich als konfrontative Protestbewegung verstehen oder darüber hinaus versuchen, Politik und Öffentlichkeit mit praktischen Lösungsangeboten zu überzeugen.

Abgesehen von der zentralen Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit müssen Bürgerinitiativen und politische Kampagnen weitere Schwierigkeiten organisatorischer Art bewältigen. Berücksichtigt man die unzähligen Planungssitzungen und Vorbereitungen sowie die Anschaffung finanzieller Mittel, um Protestmaterial zu besorgen, dann wird deutlich, dass politisches Engagement enormen Arbeits- und Zeitaufwand erfordert. Es ist daher kein Zufall, dass die demografische Verteilung der Politikaktivisten stark von jungen Menschen unter dem Alter von 35 Jahren geprägt ist. Danach erfordern Beruf und Familie meist mehr Zeit, sodass der Ruhestand oft wieder das Zeitfenster öffnet, um an politischen Initiativen und Protesten teilzunehmen.

Wie im Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Staatswesen bereits erörtert [K6.3], unterliegen politische Kampagnen den formellen Bedingungen der Rechtsstaatlichkeit. Dieser Aspekt ist besonders dann von Bedeutung, wenn Proteste unangemeldet stattfinden und in den Bereich des zivilen Ungehorsams fallen. Die Betätigung in einer politischen Bürgerinitiative wird somit dadurch erschwert, dass gesetzliche Vorgaben und juristische Konsequenzen zu beachten sind, wenn illegale Formen des passiven Widerstands in Betracht gezogen werden. Da unsere Beschreibung der Grundlagen einer effektiven Bürgerinitiative nur eine Skizze darstellt, bietet das Werk „Wehrt Euch!“ der Politologin Nina Horaczek und des Juristen Sebastian Wiese (2019) mehr Details und praktische Tipps.

Viele Initiativen und Kampagnen erzielen kaum die gewünschten Gesellschaftsveränderungen oder verlaufen im Sande. Und dennoch ist es für den Fortbestand des sozialen Engagements zugunsten einer *besseren Welt* notwendig, nicht aufzugeben. Dieses Motto beschrieb die britische Journalistin Polly Toynbee (The Guardian, 21.1.2022) mit der ernüchternden Aussage: „I’ve been protesting all my life. It can feel futile, yet doing nothing is much worse“. Protest mag manchmal sinnlos erscheinen, doch nichts tun ist schlimmer.

Den Protestbewegungen und Bürgerinitiativen in wohlhabenden Industriestaaten wird oft vorgeworfen, sich vor allem aus der gebildeten Mittelschicht zu rekrutieren und somit nur bestimmte Teile der Gesellschaft anzusprechen. Diese Kritik ist generell berechtigt und erfordert eine Bereitschaft, sich damit zu befassen. Die Ursachen dafür liegen zunächst in der Komplexität moderner Gesellschaften und der Tatsache, dass die meisten der heutigen Probleme abstrakter Natur sind. Im Vergleich zu den Alltagsorgen vieler Menschen fallen Umweltkrise, Klimawandel, Kriege in fernen Ländern, nukleare Abrüstung oder Extremismus in den Hintergrund. Daher benötigt es nicht nur detailliertes Wissen, sondern vor Allem kommunikatives Geschick, um Probleme so zu erklären, dass eine Mehrheit der Bevölkerung sie versteht und gegebenenfalls entsprechend handeln will. Auf Grund der genannten Schwierigkeiten, Bürgerinitiativen zu gründen und aufrechtzuerhalten, ist es verständlich, dass sich ihre Mitglieder vorrangig aus der gebildeten Mittelschicht rekrutieren. Dennoch hat der Mitstreiter von *Fridays for Future*, Clemens Traub (2020) recht, wenn er einen gewissen Elitismus in der Bewegung kritisiert und demnach fordert, mehr auf die realen Sorgen und Zweifel weniger privilegierter Menschen einzugehen.

Abschließend sei noch einmal auf die theoretischen Gesellschaftsmodelle hingewiesen, die Alternativen zum Staats- und Marktsystem darstellen und der Zivilbevölkerung

ein hohes Maß an Entscheidungskompetenz zuspricht [K6.3]. Sie beruhen auf der Annahme, die Bürgerschaft besäße nicht nur den Entscheidungswillen, sondern verfüge auch über die notwendigen Fähigkeiten und praktischen Voraussetzungen, entsprechend zu handeln. Obwohl derartige Ansätze als zukunftsgerichtete Gedankenspiele von Interesse sind, folgt aus unserer Aufzeichnung des persönlichen und organisatorischen Aufwands politischer Bürgerinitiativen, dass sie sich als allgemeines Gesellschaftskonzept nicht anwenden lassen. Es besteht kein Zweifel an der Notwendigkeit und Durchführbarkeit politischer Kampagnen und Proteste. Dennoch stellen außerparlamentarische Initiativen auf Grund der genannten Schwierigkeiten keine Selbstverständlichkeit dar. Deswegen erscheint es fraglich, ob Vorstellungen und Forderungen eines Staatswesens mit ausgeprägt basisdemokratischen Entscheidungsformen als wesentlicher Bestandteil oder Alternative der repräsentativen Demokratie umsetzbar sind.

Literatur

Horaczek, Nina und Sebastian Wiese (2019): „Wehrt euch!: Wie du dich in einer Demokratie engagieren und die Welt verbessern kannst“, Czernin Verlag, 2019

Traub, Clemens (2020): „Future for Fridays?: Streitschrift eines jungen ‘Fridays for Future’-Kritikers“, Quadriga, 2020